

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 22
September 2013

100 % sozial – auch nach der Wahl

Die drei Kandidat/innen der LINKEN zur Bundes- und Landtagwahl im Gespräch



Foto: Birgit Schäfer-Biver

▲ Kandidat/innen Jan Schalauske, Ingeborg Cernaj und Janis Ehling umgeben vom Parteivorsitzenden der LINKEN Bernd Riexinger (l.), der Spitzenkandidatin für die Landtagswahl Janine Wissler (2.v.l.) und der Landratskandidatin Anna Hofmann (r.)

Janis, Du kandidierst für DIE LINKE zur Bundestagswahl. In diesem Wahlkampf scheinen sich alle Parteien das Thema „soziale Gerechtigkeit“ auf die Fahnen geschrieben zu haben. Wofür braucht es da noch DIE LINKE?

Janis Ehling: Die Gefahr ist groß, dass die anderen Parteien vor der Wahl links blinken, um anschließend rechts abzubiegen. Wir versprechen: DIE LINKE bleibt 100 Pro-

zent sozial – auch nach der Wahl. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro, eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro und Hartz IV durch eine solidarische Mindestsicherung ersetzen. Hohe Einkommen und Vermögen müssen stärker besteuert werden, u.a. durch die Einführung einer Millionärssteuer.

Aktuell droht ein US-geführter Krieg gegen Syrien. Wie positioniert sich

Grenze müssen abgezogen werden. DIE LINKE kämpft für ein Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und ein Stopp aller Waffenexporte. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Ingeborg, Du bist Landtagskandidatin der LINKEN im Wahlkreis 12, ein eher ländlich geprägter Wahlkreis. Für welche Schwerpunkte engagierst Du Dich in diesem Zusammenhang? Fortsetzung S. 3

DIE LINKE dazu?

Janis Ehling: Wir lehnen jeden Militäreinsatz gegen Syrien entschieden ab. Bomben schaffen keinen Frieden. Wir brauchen eine Grundlage für politische Verhandlungen. Die Menschen in Syrien benötigen humanitäre Hilfe. Waffenlieferungen müssen ein Ende haben. Die deutschen Raketen an der türkisch-syrischen

Kommentar

Der Unterschied

Glaubt man den anderen Parteien, wird DIE LINKE nicht mehr gebraucht. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Ohne DIE LINKE hätte es im Bundestag keinen Widerspruch gegen Kriege und Waffenexporte, gegen Bankenrettung und Schuldenbremse, gegen Rentensenkung, prekäre Beschäftigung und Hartz IV gegeben.

Und in Hessen? Bei der Volksabstimmung waren 30 Prozent gegen die Schuldenbremse, im Landtag nur DIE LINKE. Ohne sie hätte es keine Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit der Landtagsabgeordneten gegeben. Nur DIE LINKE steht konsequent für bezahlbaren Wohnraum und für die Rückführung des Uniklinikums in öffentliches Eigentum.

SPD und Grüne reden viel vom Politikwechsel, scheinen aber lediglich einen Regierungswechsel im Auge zu haben. Zu oft wurde vor Wahlen links geblinkt und dann rechts abgelenkt. Eine Zusammenarbeit mit der LINKEN wird kategorisch ausgeschlossen, die große Koalition oder ein schwarz-grünes Bündnis hingegen bereitwillig in Kauf genommen. Am Ende ist nur eine Stimme für DIE LINKE keine Stimme, die bei Angela Merkel oder Volker Bouffier landet.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für Frieden, soziale Gerechtigkeit und einen echten Politikwechsel. Wer diesen will, der findet auch im Parlament unsere Unterstützung. Andrea Ypsilanti ist 2008 nicht an der LINKEN gescheitert. Uns geht es um Inhalte, nicht um Regierungsposten. Wir bleiben verlässlich sozial – auch nach der Wahl. Darin macht DIE LINKE den Unterschied. Jan Schalauske

Klinikum zurück zum Land!

Ein politischer Zwischenruf von Jan Schalauske

Während der Landtagswahlkampf in seine heiße Phase geht, ist es verwunderlich, dass die Zukunft des Uniklinikums (UKGM), das Thema, das die ganze Region monatelang bewegt hat, für die anderen Parteien kein großes Thema zu sein scheint.

Die Landesregierung und Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann sind völlig abgetaucht, während der Stellenabbau am Uniklinikum weitergeht und sich die Rhön-AG und Siemens Schritt für Schritt

von der Partikeltherapieanlage verabschieden. Von der heimischen CDU-Landtagskandidatin Rosemarie Lecher habe ich überhaupt noch nichts zum Thema Uniklinikum gehört. Die Verantwortlichen in Wiesbaden agieren plan- und hilflos. Die „Gemeinsame Vereinbarung“ vom Januar 2013 hat lediglich als Beruhigungsspiel gedient, um das Thema aus dem Wahlkampf heraus zu halten. Nach der Wahl kommt dann das böse Erwachen.

Fortsetzung S. 2



Foto: Jan Schalauske

Fortsetzung von S. 1

Klinikum zurück zum Land!

Aktuell gibt es weder ein echtes Stellenmoratorium, noch eine Inbetriebnahme der Partikeltherapie oder einen erweiterten Einfluss des Landes, dafür aber Millionensubventionen Wiesbadens an die Rhön-AG. Deshalb fordert die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Janine Wissler von der zuständigen Ministerin, „Auskunft darüber zu erteilen, was mit der Partikeltherapieanlage geschehen wird. Wenn das Partikeltherapiezentrum nicht in Betrieb geht, muss die Mi-

nisterin die 107 Mio. Euro Investitionskostenzuschuss von der Rhön AG zurückfordern.“ Damit wäre ein Grundstock vorhanden für eine Zunahme des öffentlichen Einflusses auf das Klinikum.

Auch über das Verhalten von SPD und Grünen kann ich nur den Kopf schütteln. Anlässlich eines Treffens mit der Geschäftsführung hatten Thorsten Schäfer-Gümbel und Dr. Thomas Spies erklärt, „alle Modelle würden geprüft werden.“ Ich fordere von der SPD, den Menschen

zu erklären, ob sie bereit ist, den Rückkauf bzw. die Rückführung wirklich anzugehen oder ob sie sich mit dem Status quo arrangieren will. Es reicht nicht zu plakativ „Klinikverkäufer endlich abwählen“ oder seine Bereitschaft für Aufsichtsratsposten zu erklären. Wer mit großen Worten ankündigt, zukünftig die Landesregierung stellen zu wollen, muss ein konkretes Konzept vorlegen, wie der öffentliche Einfluss auf das UKGM grundlegend gesteigert werden kann.

Die Grünen scheinen sich ohnehin von der Idee verabschiedet zu haben, das Klinikum in die Trägerschaft des Landes zurückzuführen. In der Sitzung des Wissenschaftsausschuss des Hessischen Landtags am 28. August stimmte die Vertreterin der Grünen sogar gegen einen Änderungsantrag der SPD, der die Landesregierung verpflichten sollte, im Falle eines Eigentümerwechsels „einen Beschluss herbeizuführen, bei dem eine vollständige Kontrolle durch das Land gegeben ist.“ Da muss ich mich fra-

gen, ob sich die hessischen Grünen einen Weg zur Zusammenarbeit mit der CDU offen halten wollen. Früher oder später wird die Übernahme der Rhön-AG durch Fresenius gelingen. Die Landespolitik muss für den Fall des Falles entsprechende Vorkehrungen treffen.

DIE LINKE steht ohne Wenn und Aber für ein Universitätsklinikum in öffentlichem Eigentum. Ich verspreche, dass ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen werde, dass die Fraktion der LINKEN in den nächsten Landtag einen Antrag einbringt, der die Rückführung des Uniklinikums in öffentliches Eigentum verlangt. *Jan Schalauske*



Foto: Nadine Weigel

▲ Jan Schalauske, LINKEN-Landtagskandidat im Wahlkreis 13

Statt Flaschen sammeln: 1050 Euro Mindestrente



Foto: Thorsten Richter

▲ Ingeborg Cernaj, LINKEN-Landtagskandidatin im Wahlkreis 12

„Denk an Deine Rente in der Nacht, da wirst Du um den Schlaf gebracht“ lautet ein abgewandelter Satz von Heinrich Heine. Denn in Deutschland grassiert die Altersarmut. Rentnerinnen und Rentner müssen die Folgen einer unsinnigen Rentenpolitik ausbaden. Obendrein zahlen sie noch die Zechen für eine Politik, mit der Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung flächendeckend durchgesetzt wurden. Agenda 2010 und Hartz-Reformen heißen diese „Prunkstücke“ der ganz großen Koalition aus CDU/CSU/FDP/SPD/Grünen.

Nichts ist richtiger als der Satz

„Die Rente ist sicher“ – wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind. Die erste ist ein umlagefinanziertes gesetzliches Rentensystem, wie es bis vor wenigen Jahren existierte. Umlagefinanziert heißt, die Beschäftigten zahlen zusammen mit den Arbeitgebern zu gleichen Teilen in einen Topf ein, aus dem die Renten bezahlt werden, und nicht in einen Kapitalfonds, der den Risiken des Kapitalmarktes unterliegt.

Mit dem Rentenkonzept der LINKEN zahlen nicht nur Arbeiter/innen und Angestellte sondern auch Beamte/innen, Selbstständige und Abgeordnete in den Rententopf ein. Und zwar für das gesamte Erwerbseinkommen. Die heutige Deckelung bei 70.000 Euro (West) oder 60.000 Euro (Ost) wird aufgehoben, denn diese Beitragsbemessungsgrenze ist lediglich ein Schutzzaun für Vielverdienende.

Die Schweiz zeigt, dass ein solches System ausgezeichnet funktioniert. Sie verfährt nach dem Motto: Millionäre brauchen keine ge-

setzliche Rentenversicherung, aber die gesetzliche Rentenversicherung braucht die Millionäre. Für die große Mehrheit der Bevölkerung können die Beiträge sinken und das Rentenniveau wieder ansteigen.

Die zweite Voraussetzung ist, dass vernünftige Löhne bezahlt werden, die mit dem Produktivitätsfortschritt steigen. Wird ein solches System wieder in der Bundesrepublik eingeführt, unterstützt durch einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde, kann die Altersrente mit 65 Jahren beginnen und eine Mindestrente von 1050 Euro gezahlt werden. Alle Verschlechterungen durch Rot/Grün, Schwarz/Rot oder Schwarz/Gelb können zurückgenommen werden. Die unsägliche Riester-Rente wird abgeschafft. Sie diente nur der Umsatz- und Gewinnsteigerung der Finanzindustrie.

Wer Renten bezieht, Beiträge zahlt oder erwerbslos ist, hat es am 22. September selbst in der Hand, diese Rentenreform in Gang zu setzen – durch eine Stimmabgabe für DIE LINKE. Damit in Zukunft starke Schultern tatsächlich mehr tragen und die Altersrente vor Armut schützt. *Ingeborg Cernaj*

Stichwahl zwischen Fründt und Zachow

Bei der Landratswahl am 8. September erreichten Kirsten Fründt (SPD) mit 34,3 % und Marian Zachow (CDU) mit 28,4 % der Stimmen die Stichwahl am 22. September. Der Erste Kreisbeigeordnete Dr. Karsten McGovern kam auf 21,4 %.

Anna Hofmann wollte mit ihrer Kandidatur vor allem den Wahlkampf der LINKEN für die Bundestags- und Landtagswahl unterstützen. Bei zahlreichen Veranstaltungen und Statements in den lokalen Medien verbreitete sie im Landkreis die Botschaft der LINKEN: „100 Prozent sozial“ – für eine Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen. Das ist ihr und dem Kreisverband gut gelungen.

Impressum

Paroli

Herausgeber dieser Ausgabe: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 8.9.2013

Hartz IV – ein inhumanes System

Interview mit der „Hartz-IV-Rebellin“ Inge Hannemann

Inge Hannemann, Arbeitsvermittlerin aus Hamburg, wurde von ihrer Arbeit „freigestellt“ weil sie öffentlich die Bundesagentur für Arbeit (BA) kritisiert hatte. Ende August fand ein Gutetermin vor dem Arbeitsgericht statt.

Deine Kritik an Hartz IV hat bundesweit Aufsehen erregt. Worum ging es Ende August vor dem Hamburger Arbeitsgericht?

Inge Hannemann: Es ging hauptsächlich um meine Freistellung von der Tätigkeit als Arbeitsvermittlerin und das damit zusammenhängende Verbot, an meinen Arbeitsplatz zu gehen. Der Grund der Freistellung liegt darin, dass ich öffentlich das Hartz-IV-System kritisiere und über dessen Missstände über meinen Blog oder Vorträge berichte. Unter anderem verweise ich auf die nach meiner Meinung menschenunwürdigen Bedingungen und zwar auf beiden Seiten des Schreibtisches. Auf die Erwerbslosen wird Druck ausgeübt, sie werden zu ineffektiven Seminaren geschickt und bei nicht Gehorchen wird ihnen mit Sanktionen gedroht. Die Sanktionen stürzen sie aber in weitere soziale Not und es ist bewiesen, unter anderem durch das IAB, ein Forschungsinstitut der BA, dass genau diese Sanktionen nicht zum Erfolg führen. Die Menschen verweigern sich anschließend komplett. Die Mitarbeiter stehen unter Druck, auch aufgrund Personalmangels, die Erwerbslosen hauptsächlich in den prekären Arbeitsmarkt zu vermitteln und unabhängig ihrer Qualifikationen, Listen für die

Statistiken abzuarbeiten sowie die hohe Anzahl der kranken Kollegen zu vertreten. Die Arbeitssuchenden werden wie Menschen zweiter und dritter Klasse behandelt. Dies alles hat nach meiner Meinung Methode. Nur in den seltensten Fällen gelingt eine Vermittlung in Arbeit. Diese Kritik hat man „oben“ nicht vertragen und lässt mich nun nicht mehr arbeiten.

Wie ging die Verhandlung aus?

Inge Hannemann: Der Richter schlug vor, nach Möglichkeiten eines Vergleichs zu suchen und in Kommunikation zu treten, um Alternativen zu finden. Jobcenter team.arbeit.hamburg lehnt jedoch eine Weiterbeschäftigung im Rahmen des Sozialgesetzbuchs II ab. Für mich steht aber im Zentrum, dass ich an meinen Arbeitsplatz zurückkehren kann. Außerdem möchte ich auch öffentlich Kritik an den Hartz-IV-Strukturen äußern können, um eine Reformierung herbeizuführen. Nur so ändert sich was. Außerdem stehe ich mit meiner Kritik nicht allein.

Wie reagieren die Kolleg/innen auf Deine Kritik?

Inge Hannemann: Auch die Kolleg/innen stehen unter einem enormen Druck. Viele arbeiten mit Zeitverträgen – immer mit der Hoffnung entfristet zu werden, um auch ihre eigene Existenz zu sichern. Durch die Kolleg/innen erhalte ich viel Zuspruch über Mails, persönliche Briefe oder auch Facebook. Ihnen ist inzwischen bewusst, dass ich auch für sie „kämpfe“ und somit im Grunde genom-

men den Kopf hinhalte. Ihr Mut ist noch nicht groß genug, um auch in die Öffentlichkeit zu treten. Angst vor Mobbing, Bossing und der Nichtentfristung herrschen derzeit noch vor. Sie sehen es ja ganz praktisch an meinem Beispiel. Es wird sozusagen in den Jobcentern beidseits Angst geschürt. Selbstverständlich gibt es auch Kolleg/innen, die der Meinung sind, dass ich meinen Mund zu halten habe und das Sozialgesetzbuch II einfach akzeptieren sollte. Oftmals spiegelt sich hier in ihren Meinungen auch das durch die Medien geprägte Bild des „faulen Hartzler“ wider. Sie wiederho-

Fortsetzung von S. 1

100 % sozial – auch nach der Wahl

Ingeborg Cernaj: Ich setze mich für eine wohnortnahe medizinische Versorgung aller Menschen ein. Der ärztliche Bereitschaftsdienst muss auch im Hinterland und im Ostkreis erhalten bleiben. Der öffentliche Nahverkehr muss besser strukturiert und für Menschen mit geringem Einkommen zum Nulltarif sein. Ich engagiere mich auch dafür, dass der demographische Wandel nicht „verteufelt“ wird: Menschen über 65 sind heute fitter den je – ihre Teilhabe am aktiven Leben muss gesichert sein.

Als Kreistagsabgeordnete bist Du in der Fraktion u.a. für die Umweltpolitik zuständig. Welche Forderungen hat DIE LINKE in diesem Bereich?

Ingeborg Cernaj: Wir wollen eine 100%-ige Versorgung Hessens mit erneuerbaren Energien – zu sozialen Preisen. Es geht nicht an, dass Großkonzerne mit Ökostrom Gewinne machen, die von den Stromkunden bezahlt werden müssen. Weg mit Großkapazitäts-Biogasanlagen, die zur „Vermäusung“ ganzer Regionen führen – stattdessen sollen kleine, dezentrale Biogasanlagen gefördert werden, die mit Bioabfall auskommen. Und nicht zuletzt: Massentierhaltung muss verboten werden!

Jan, Du kandidierst für DIE LINKE zum Hessischen Landtag im Wahlkreis 13. Was möchtest Du für unsere Region erreichen?

Jan Schalauske: Das Universitätsklinikum Gießen und Marburg ge-

len genau das, was den Menschen vorgegaukelt wird: es gibt Arbeit für jeden, wenn er nur will. Es gibt keine Fachkräfte bei den Erwerbslosen und wer nicht arbeitet, soll froh sein, dass er Hartz IV erhält. So was ist einfach nur traurig.

Die Fragen stellte Renate Bastian.

INGE HANNEMANN:
„Schluss mit dem Hartz-IV-Regime!“
Mi., 18. Sept., 19.30 Uhr
TTZ, Marburg, SoftwareCenter 3
 Ehem. Große Jägerkasernen, Frankfurter Str.
DIE LINKE.

hört zurück zum Land. Die Gesundheitsversorgung einer ganzen Region darf nicht länger zum Spielball der Finanzmärkte verkommen. Gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sind sicherzustellen. Der Zweck eines Krankenhauses ist es, die bestmögliche Gesundheitsversorgung für die Patient/innen zu gewährleisten und nicht möglichst viel Profit für die Aktionär/innen zu erwirtschaften.

In der Universitätsstadt Marburg herrscht eine neue Wohnungsnot. Als Stadtverordneter hast Du Dich intensiv für mehr bezahlbare Wohnungen eingesetzt. Was muss auf Landesebene getan werden?

Jan Schalauske: Bezahlbarer Wohnraum ist in Marburg Mangelware. Betroffen sind Geringverdienende, Studierende und alle Menschen mit niedrigem Einkommen. Eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau und eine aktive Wohnungspolitik sind nötig. Der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen hat sich in den letzten 20 Jahren von 205.000 auf nur noch 123.000 Wohnungen reduziert. DIE LINKE will jährlich 4.000 neue Sozialwohnungen in Hessen schaffen.

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
 Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
 Tel. 06421-163873
 info@die-linke-marburg.de
 www.die-linke-marburg.de



▲ Inge Hannemann (l.) und die LINKEN-Vorsitzende Katja Kipping

Foto: Frank Schwarz

Dieses Land braucht Druck von links. Wählen Sie DIE LINKE!

Vielfältige Unterstützung für Marburger Wahlauftritt zur Landtags- und Bundestagswahl am 22. September 2013

Mit einem Wahlauftritt werben Menschen aus Marburg und den Kreisgemeinden dafür, der LINKEN bei der Landtags- und Bundestagswahl die Erst- und Zweitstimme zu geben. Der Aufruf wird in gekürzter Form mit den Namen aller Unterzeichner/innen in der Woche vor der Wahl in der Marburger Presse veröffentlicht werden. Im Aufruf heißt es:

„Am 22. September werden der Bundestag und der Hessische Landtag neu gewählt. Um die Politik zu verändern, muss DIE LINKE gestärkt aus beiden Wahlen hervorgehen.

Bundeskanzlerin Merkel behauptet, Deutschland sei gut durch die Krise gekommen. Die Realität sieht für viele Menschen anders aus. Eine zunehmende soziale Spaltung und Ungerechtigkeit, explodierender Reichtum auf der einen, öffentliche und private Armut auf der anderen Seite prägen das Land. (...)

Wir rufen auf, bei der Landtags- und Bundestagswahl DIE LINKE zu wählen,

► weil sie einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro, die kurzfristige Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 500 Euro und eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro im Monat sowie die Einführung einer Millionärs- und einer Finanztransaktionssteuer fordert;

► weil DIE LINKE die Zweiklassenmedizin durch eine Bürgerversicherung ersetzen und die Rentenkürzungen und Rente ab 67 zurücknehmen will;

► weil sie die einzige Kraft ist, die ein sofortiges Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr und einen Stopp der Rüstungsexporte verlangt;

► weil DIE LINKE sich in Hessen gegen Niedriglöhne, für eine gut finanzierte Bildung, für bezahlbaren Wohnraum und für eine Rückfüh-

rung des Uniklinikums Gießen-Marburg in Landeseigentum stark macht (...).“

Den vollständigen Text gibt es hier: www.die-linke-marburg.de.

Zustimmungserklärungen (inklusive Wohnorts- und Berufs-/Funktionsangabe) können bis zum 16. September geschickt werden

► an info@die-linke-marburg.de

► oder per Post an DIE LINKE, Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg.

Für die Veröffentlichung wird um Spenden gebeten auf das Konto: **DIE LINKE Marburg-Biedenkopf, Konto-Nr. 176 239 07, Volksbank Mittelhessen (BLZ 513 900 00).**

Unterzeichner/innen bis zum 7.9.2013:

Halise Adsan (Studentin), Bernd Albert (Lehrer), Wilfried Amediek (Rentner), Burkhard Bachmann (Layouter), Friedrich-Martin Balzer, Renate Bastian (Journalistin), Tanja Bauer-Wöhr (Stadtverordnete), Marlis Bauß (Lehrerin a.D.), PD Dr. Johannes M. Becker (Hochschullehrer), Robert Bernhardt (Lehrer im Hochschuldienst), Charlotte Bernard (Lehrerin in Alters-teilzeit), Nico Biver (Stadttrat), Peter Böcher (Rentner), Sven Boehnke (Student), Prof. Dieter Boris (Hochschullehrer), Heidi Boulnois, Rainer Boulnois (Rentner),

Volker Bradke, Thimo Brestel (Student), Rudolf Bunk (Rentner), Sebastian Chwala (Student), Prof. Dr. Frank Deppe (Hochschullehrer i.R.), Volrad Döhner (Lehrer), Walburga Eicher (Förderschullehrerin), Ilina Fach (Dozentin für Zuwanderer), Christel Gabriann-Zimmermann (Rentnerin), Christian Garrido (M.A.), Achim Giede (Schreiner), Jörg Gogoll (Psychoanalytiker), Gert Gohde (Rentner), Eva Chr. Gottschaldt (selbst. Fremdsprachensekretärin), Frank Graf, Bettina Gutperl (Studentin), Dr. Gunhild Gutschmidt (Soziologin), Dr. Wolfgang „Harry“ Hecker (Politikwissenschaftler), Kristina Helmle (Medizinstudentin), Prof. Dr. Lutz Heusinger (Hochschullehrer i.R.), Dr. Maximiliane Jäger-Gogoll (Literaturwissenschaftlerin), Inge Hartmann (Erzieherin), Johannes Hauck (Buchhändler), Franz Hespe (Philosoph), Horst Henkelzer (Erwerbsminderungsrentner), Frank Holzzapfel (Filialleiter), Michael Horstmann (Dipl.-Pädagoge), Alex Jäger (Berufsmusiker), Maria Jacobsohn (Lehrerin), Hans Junker (Lehrer a.D.), Iris Karger (Arzt- und Tierarzhelferin, Wetter), Markus Karger (Vors. Mitarbeitervertr. Werkstätten „Lebenshilfswerk Mar.-Bied.“, Wetter), Sebastian Kettner (Student), Simon Kirchs (Student), Urs Köllhofer (Student), Julius Klausmann (Bez.-Vors. DGB-Senioren Hessen-Thüringen), Henning Köster (Lehrer, Fraktionsvorsitzender Marburger Linke), Annette Kreuzberger (Lehrerin), Kornelia Krieger (Textilgestalterin), Elisabeth Kula (Studentin, Bundesvorsitz Die Linke.SDS), Brigitte Kus-tosch, Johannes Linn (Ostbeiratsmitglied, Forstassessor), Ludwig Lutrups (Lehrer), Ingrid Michaelis-Braun (Diplom-Pädagogin, Rentnerin), Lisa Müller (Studentin, Bundes-sprecherin linksjugend [solid]), Lothar Neumann (Steffenberg, Erzieher, Mitarbeitervertreter), Macki Mackeldey (Wirt), Erwin Meier (Angestellter), Gert Meyer, Ralf Paul (Steffenberg, Schornsteinfeger), Ines Pinquart (Ärztin), Gundolf Pitzer (Handwerker), Elke Riehnhoff-Kühnl (Rechtanwältin), Prof. Rainer Rilling (Soziologe), Becir Rajmaraj (Maurer), Hans Rink (Bad Endbach, Rentner), Martin Roth (selbstständig), Maria Roehm (Angestellte), Prof. Dr. Eckhard Rohmann (Hochschullehrer), Jörg Rustmeier (Dipl.-Theologe, Lehrer), Ismael Sarraje (Rentner), Birgit Schäfer-Biver (Künstlerin), Petra Schlag (Krankenschwester), Karl-Heinz Schmidt, Ingeborg Schmidt-Böcher (Rentnerin), Stephan Schmiedel (Arzt), Caroline Schwan (Sozialassistentin), Michael Schwan, Bärbel Schwarz-Köpl (Ernährungswissenschaftlerin), Prof. Dr. Franz Segbers (Sozialethik, FB Ev. Theologie, Uni Marburg), Prof. Dr. Gert Sommer, Urte Sperling, Wolfgang Sutter (Unternehmer), Johanna Stajeva (Oberstudienrätin i.R.), Harms Stobbe (Rentner), Inge Sturm, Marion Twelsiek (Ärztin), Holger Wagemann (Münchhausen, freier MA des HR), Dr. Hartwig Weber, Konrad Weber (Kirchhain, Rentner), Dr. Sabine Wendt (Rechtsanwältin), Mark Wiebe (Sachbearbeiter Uni Marburg), Chris Willmeroth (Lahntal, Musiker), Dr. Markus Wöhr (wiss. Mitarbeiter), Susanne Wrona, Simon Wüthrich (Medizinstudent), Adnan Yildirim (Dautphetal, Lehrer), Hajo Zeller, Werner Zentner (Sachbearbeiter), Georg Zielen (Rauschenberg, Pflegehilfskraft), Christiane Zielosko (Physiotherapeutin), Christian Zimmermann (Arzt), Jonathan Zimmermann (Bauingenieur).

Nein zu einem Krieg gegen Syrien



Foto: Nico Biver

▲ Kundgebung der LINKEN zum Antikriegstag am 1. September am Marburger Deserteursdenkmal in der Frankfurter Straße mit dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrcke (r.) und Jan Schalauske

Von Wolfgang Gehrcke (MdB)

Eine Militärintervention der USA gegen Syrien wäre politisch verheerend, moralisch falsch und ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrats zudem völkerrechtswidrig. Wenn eine „Koalition der Willigen“ mit Bomben und Raketen über das Land herfällt, droht das Leid der Bevölkerung noch größer zu werden. Schon jetzt leidet sie unendlich unter dem Krieg, mit Hunderttausend Toten und sechs Millionen Flücht-

lingen hat er schon heute das Ausmaß einer humanitären Katastrophe angenommen.

Militärisches Eingreifen hat in der jüngeren Vergangenheit niemals zur Beschleunigung eines Waffenstillstands- oder Friedensprozesses geführt. Und die Blutspur einer selbsternannten Koalition der Willigen ist im Irak zu besichtigen, in den dortigen religiös-ethnischen Konflikten, der Gewalt, dem Staatenzerfall.

Deutschland droht aktiver Teil eines Militärschlags gegen Syrien zu werden, nicht zuletzt durch die an der türkisch-syrischen Grenze stationierten Patriot-Raketen der Bundeswehr. Sie sind umso gefährlicher, als sich die Türkei faktisch zur Kriegspartei erklärt hat. Die Bevölkerungsmehrheit in Deutschland lehnt einen Angriff auf Syrien ab. Die Bundesregierung muss jegliche deutsche Unterstützung eines Krieges unterbleiben lassen – auch indirekte, wie die Gewährung von Überflugrechten für die USA.

DIE LINKE sagt „Nein zum Krieg gegen Syrien“ und „Nein zur Gewalt“. Es geht darum zu verhindern, dass der brodelnde Konflikt der Naher Osten geschürt und ein Flächenbrand entfacht wird. International sind Bedingungen zu schaffen, um alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuklären und zu ahnden, die in Syrien verübt worden sind, in jenem Bürgerkrieg, der längst von ausländischen Mächten und Interessen besetzt und geformt ist. Das Land braucht einen innersyrischen Dialog, der kann zu einem Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen führen.

100% SOZIAL
... auch nach der Wahl
Am 22. Sept. mit der
Erst- und Zweitstimme
DIE LINKE in Landtag
und Bundestag wählen!
DIE LINKE.